Gemeinde Schulendorf

Der Bürgermeister der Gemeinde Schulendorf

Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung Schulendorf am Donnerstag, den
05.12.2013; Feuerwehrhaus der Gemeinde Schulendorf

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:50 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender/Bürgermeister

Borchers, Jürgen

Gemeindevertreterin

Kuhnert, Susanne

Gemeindevertreter

Möller, Christoph

Ohle, Martin

Schlottmann, Dieter

Schütt, Hansjörg

Zibell, Jörg

Zöftig, Folker

Verwaltung

Jeske, Karl-Heinz

Schriftführer

Juhl, Ingmar

Abwesend waren:

Gemeindevertreter

Schildt, Jörg

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1) Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2) Beschlussfassung über nichtöffentliche Sitzungsteile
- 3) Niederschrift vom 24.09.2013
- 4) Bericht des Bürgermeisters
- 5) Einwohnerfragestunde
- 6) Verkehrssicherungspflicht von Bäumen
- 7) 1. Nachtragshaushaltssatzung und -plan 2013
- 8) Haushaltssatzung und -plan 2014
- 9) AktivRegion Sachsenwald-Elbe - neue Förderperiode
- 10) Stellungnahme zum geplanten Fraking
- 11) Bericht des Bau- und Wegeausschusses
- 12) Verschiedenes

Tagesordnungspunkte

Öffentlicher Teil

1) **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Beratung:

Herr Bürgermeister Borchers eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Er beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um den TOP 11) „Bericht des Bau- und Wegeausschusses“. Alle weiteren TOP verschieben sich nach hinten. Die Gemeindevertretung spricht sich einvernehmlich für die Änderung der Tagesordnung aus.

2) **Beschlussfassung über nichtöffentliche Sitzungsteile**

Beratung:

Herr Borchers beantragt für den TOP 13) die Öffentlichkeit auszuschließen und fragt ob dazu eine Aussprache gewünscht wird.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Schulendorf beschließt, für den TOP 13) die Öffentlichkeit auszuschließen.

Abstimmung: Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung:

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

3) **Niederschrift vom 24.09.2013**

Beratung:

Änderungswünsche oder Berichtigungen zur Niederschrift ergeben sich nicht.

Beschluss:

Die Niederschrift vom 24.09.2013 wird genehmigt.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 1

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

4)

Bericht des Bürgermeisters

Beratung:

- Am 16.11. fand der St. Martins Tag statt, welcher wieder gut besucht wurde. Herr Borchers dankt Frau Susanne Kuhnert und ihrer Crew für die Organisation, der Feuerwehr für die Unterstützung, Frau Zibell für das Basteln mit den Kindern und Martin Wesche für die musikalische Begleitung.
- Die Brücke an der „Neuen Mühle“ wurde vom 28.10. bis 02.11.13 voll gesperrt. Hintergrund der Maßnahme war die Erhöhung der Sohle um 0,75 m auf einer Länge von 100m, um die ökologische Durchlässigkeit zu verbessern. Die Kosten wurden durch Mittel des Landes und Bundes, sowie der EU beglichen. Auch der Kauf einer Fläche durch den Gewässerunterhaltungsverband wurde voll aus Landesmitteln finanziert.
- Zur Prüfung der Jahresrechnung 2012 sollte noch geklärt werden, warum die Rechnung über 3 Einsatzhosen für die Feuerwehr Schulendorf auf die Stadt Schwarzenbek ausgezeichnet war. Die Hosen wurden zusammen mit einer Bestellung der Stadt Schwarzenbek geordert. Eine nachträgliche Änderung der Rechnungsanschrift war leider nicht möglich. In Zukunft soll die richtige Adressierung beachtet werden.
- Die Kosten des Straßeneinbruchs auf der K29 Höhe Rinck beliefen sich auf 2.205,21 €. Die Arbeiten wurden durch die Firma Ehrich Tiefbau ausgeführt.
- Die Geschwindigkeitsmessung in Franzhagen zählte durchschnittlich pro Tag 1.292 Autos auf einer Straßenseite. Die Durchschnittsgeschwindigkeit lag bei 44km/h bei erlaubten 30km/h. Auf Nachfrage beim Fachdienst Straßenverkehr in Lanken sowie der Polizei, ob nun eine Geschwindigkeitskontrolle durchgeführt werden könnte, bekam Herr Borchers die Antwort, dass man den Autofahrer nicht doppelt belasten möchte. Nämlich auf der einen Seite mit einer schlechten Straße und auf der anderen mit einer Verkehrskontrolle.
- Herr Borchers dankt Herrn Zibell für das Entwerfen der Urkunden für Neugeborene sowie die Reparatur der Stühle im Gemeinschaftsraum.
- Zurzeit werden die Wasseruhren in der Gemeinde abgelesen. Es ist darauf zu achten, dass die Zähler frei geräumt werden und zugänglich sind.

Schulverband Müssen

- Das Naturkundehaus wurde am 26.10.2013 feierlich eingeweiht. Die Schülerzahl setzt sich aus derzeit 56 Verbandsschülern und 54 Gast-schülern zusammen. Pro Gastschüler wird ein Beitrag in Höhe von 1.800,00 € pro Schuljahr berechnet.

Amt

- Die Amtsumlage wurde für 2014 von 20,5 % auf 18,5 % gesenkt.
- Das Abrechnungssystem der Kindergartenumlage wurde geändert. Für 2014 ist insgesamt ein Betrag von 1.129,750,00 € aufzubringen. Der Anteil für Schulendorf liegt bei 42.000,00 €
- Der Amtsausschuss hat zur Umsetzung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes eine zusätzliche befristete Stelle eingerichtet.

5) Einwohnerfragestunde

Beratung:

Es wird lediglich angemerkt, dass das neu aufgestellte Verkehrsschild im Bereich Triangel schon wieder schief steht und gerichtet werden muss.

6) Verkehrssicherungspflicht von Bäumen

Beratung:

Herr Jeske erhält das Wort. Dieser erklärt, dass das Thema Verkehrssicherungspflicht von Bäumen bereits auf der Bürgermeisterdienstversammlung angesprochen und protokolliert wurde.

Zunächst erläutert er den Begriff Verkehrssicherungspflicht und führt aus, dass jede Gemeinde den Baumbestand 2 mal jährlich (1 x belaubt, 1 x unbelaubt) kontrollieren sollte. Diese Kontrollen sind in einem Kontrollbuch zu erfassen und zu protokollieren, damit im Schadenfall vor Gericht die Kontrollen nachgewiesen werden können.

Auf Nachfrage beim KSA wurde die Aussage gemacht, dass mögliche nächste Schäden zunächst noch übernommen werden, im Wiederholungsfall aber eine Übernahme abgelehnt wird oder eine Rückforderung erfolgt, wenn die Kontrollen nicht regelmäßig durchgeführt werden sollten.

Die Gemeindevertretung diskutiert dies kurz und ist sich darüber einig, dass die Kontrollen und die Protokollierung in Eigenleistung durch den Bau- und Wegeausschuss durchgeführt werden soll.

7) 1. Nachtragshaushaltssatzung und -plan 2013

Beratung:

Herr Juhl erhält das Wort. Dieser erläutert die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem dazugehörigen Haushaltsplan für das Jahr 2013 anhand der verteilten Vorlage. Haushaltsstellen bei denen sich Veränderungen ergaben werden genauer vorgetragen und teilweise kurz besprochen.

Außerdem wird die neue Umlageberechnung für die Kindergärten, die sich ab 2013 ändert kurz erklärt.

Rückfragen werden von Herrn Juhl und Herrn Borchers beantwortet.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Schulendorf beschließt die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan und den vorgeschriebenen Anlagen für das Haushaltsjahr 2013 gemäß dem vorliegenden Entwurf.

Abstimmung: Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung:

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

8) Haushaltssatzung und -plan 2014

Beratung:

Auch hier erhält Herr Juhl das Wort. Er erklärt, dass man sich bei den Ansätzen für das Haushaltsjahr 2014 an den ursprünglichen Ansätzen von 2013 orientiert hat. Einzelne Abweichungen werden kurz angesprochen.

Er führt weiterhin aus, in wie weit sich die Schlüsselzuweisungen und Einkommenssteueranteil und die sich daraus ergebenden Umlagen verändern.

Rückfragen werden von Herrn Juhl und Herrn Borchers beantwortet.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung Schulendorf beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit den vorgeschriebenen Anlagen für das Haushaltsjahr 2014 in der vorgelegten Fassung.

Abstimmung: Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung:

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

9) AktivRegion Sachsenwald-Elbe - neue Förderperiode

Beratung:

Da die Vorlage allen Gemeindevertretern zugegangen ist erfolgt nur eine kurze Aussprache zu diesem Thema. Man ist sich grundlegend einig, dass die Gemeinde und das Amt Büchen von dem Verein AktivRegion Sachsenwald-Elbe profitieren. Um auch mögliche zukünftige Maßnahmen durch den Verein fördern zu lassen, ergeht der folgende Beschluss.

Beschluss:

Zur Sicherstellung der Weiterführung des Aktiv-Region-Managements „LAG AktivRegion Sachsenwald Elbe e.V.“ nach Ablauf der aktuellen ZPLR-Förderperiode beteiligt sich die Gemeinde Schulendorf als Mitglied für die Laufzeit der neuen Förderperiode (ab 2015) mit 0,50 € pro Einwohner im Jahr, maßgebend ist die amtlich fortgeschriebene Zahl der Einwohner.

Für die Erstellung der neuen IES wird Anfang 2014 einmalig eine Kofinanzierungsbetrag von 0,25 € pro Einwohner von der Gemeinde Schulendorf bereitgestellt (maßgebend ist die amtlich fortgeschriebene Zahl der Einwohner).

Abstimmung: Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung:

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

10) Stellungnahme zum geplanten Fraking

Beratung:

Herr Borchers verliest ein Schreiben vom SHGT. Unter juristischer Begleitung wurde eine Beschlussvorlage vorbereitet, welche an alle Gemeinden verteilt wur-

de und zum Beschluss empfohlen wird. Herr Borchers verliert auch diese Beschlussempfehlung.

Anschließend diskutiert die Gemeindevertretung, ob nicht einfach beschlossen werden kann das Fraking grundsätzlich zu verbieten. Man befürchtet, dass die Firmen, die Fraking planen, sonst einfach alle verlangten Punkte der Empfehlung erfüllen, um Fraking durchzuführen. Die Gemeindevertretung einigt sich dahingehend, dass der Punkt 7 der Empfehlung folgende Formulierung erhält: „7. Fracking in jeder Form zu verbieten.“

Beschluss:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. Die betroffenen Kommunen und Kreise bereits vor der Erteilung von bergrechtlichen Genehmigungen zu beteiligen.
2. Die Wasserbehörde anzuweisen, den wasserrechtlichen Besorgnisgrundsatz uneingeschränkt zu beachten. Der Wasserschutz muss höchste Priorität behalten.
3. Die Möglichkeiten des Abfallrechtes und des Bodenschutzes bei bergrechtlichen Genehmigungen vollumfänglich auszuschöpfen, um Umweltgefährdungen zu vermeiden.
4. Für entstehende Schäden als Auflage eine Beweislastumkehr vorzusehen. Daher sind vor der Betriebsplangenehmigung alle gefährdeten Gebäude, Trinkwasser-, Abwasser- und Regenwasserleitungen sowie sonstige gefährdete Bauwerke in ihrem derzeitigen Zustand zu dokumentieren. Nach seismischen Ereignissen gilt das gleiche für nicht einsehbare Bauwerke. Die Kosten trägt der Antragsteller/Rechteinhaber.
5. Bei zukünftigen bergrechtlichen Genehmigungen eine ausreichende Sicherheitsleistung von den Antragstellern zu fordern (§ 56 Abs. 2 BBergG). Als ausreichend wird z.B. eine Bankgarantie oder Versicherung angesehen, die sowohl mögliche Schäden an der Infrastruktur, wegfallende Steuereinnahmen und Gebühren sowie die Wiederherstellung beschädigter Gebäude, Gewässer und Landschaften vollständig ersetzen kann.
6. Für alle Antragsteller bergrechtlicher Genehmigungsverfahren eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchführen zu lassen und solchen Antragstellern jedwede Genehmigung zu verweigern oder zu entziehen, die weder über ausreichendes Eigenkapital verfügen, um etwaige Schäden beseitigen zu können, noch eine ausreichende Sicherheitsleistung erbracht haben.
7. Fracking in jeder Form zu verbieten.
8. Antragstellern jedwede Genehmigung zu verweigern oder wieder zu entziehen, die in den letzten drei Jahren für Unfälle bei Tiefenbohrungen, undichte Bohrlöcher, auslaufendes Flow-back oder Formationswasser verantwortlich sind. Hier ist die notwendige Zuverlässigkeit und Fachkunde offensichtlich nicht gegeben (§ 11 Abs. 6 BBergG).
9. Für jede Bergbautätigkeit in Schleswig-Holstein über den gesamten Zeitraum und eine angemessene Nachbeobachtungszeit eine umfassende, unabhängige, wissenschaftliche Überwachung anzuordnen (§ 66 Abs. 5 BBergG).
10. Keine Genehmigungen für das Verpressen von Flow-back und Formationswasser in den Untergrund zu erteilen. Bereits erteilte Genehmigungen sind, soweit zulässig, zu widerrufen. Keinesfalls dürfen derartige Genehmigungen verlängert oder erweitert werden.
11. Die Gemeinde Schulendorf nimmt die Landesregierung für alle Schäden im Zusammenhang mit bergrechtlichen Genehmigungen in Haftung, wenn die Gemeinde nicht im vollen Umfang nach Recht und Gesetz im Vorwege beteiligt wurde oder Genehmigungen unter Verstoß gegen geltendes

Recht erteilt wurden.

12. Die zuständigen Behörden für bergrechtliche Zuständigkeiten rechtlich einwandfrei festzulegen. Nachdem das MELUR auch für Bergrecht zuständig ist, soll das LLUR zuständiges Bergamt werden, um eine Überwachung der Bergbautätigkeiten in Schleswig-Holstein zu ermöglichen. Hierfür ist es entsprechend auszustatten.
13. Auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass das Wasser- und Bergrecht aufeinander abgestimmt werden und das Bergrecht modernisiert wird.

Der Bürgermeister der Gemeinde Schulendorf wird ermächtigt, diese Interessen der Gemeinde Schulendorf gegenüber der Landesregierung zu vertreten.

Abstimmung: Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung:

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11) Bericht des Bau- und Wegeausschusses

Beratung:

Herr Zöttig erhält das Wort. Dieser verliest zunächst das Protokoll der Rundfahrt des Bau- und Wegeausschusses vom 09.11.2013. Einige Punkte werden genauer erläutert.

Zu Punkt 2 (Baumbegutachtung) wird ausgeführt, dass ein Angebot nicht mehr nötig ist, da Herr Jeske unter TOP 6) erklärt hat, dass die Begutachtung im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht auch in Eigenleistung erbracht werden kann.

Zu Punkt 3 (Holzpoller Fußweg Franzhagen) diskutiert die Gemeindevertretung und kommt zu dem Ergebnis, dass zunächst keine Maßnahmen erfolgen sollen.

Zu Punkt 11 (Lüfter Teichkläranlage Bartelsdorf) wird ausgeführt, dass der zweite Belüfter in der Teichkläranlage versuchsweise über eine Zeitschaltuhr laufen soll, um die Stromkosten zu senken.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung nimmt die im Protokoll des Bau- und Wegeausschusses vom 09.11.2013 genannten Vorschläge, vorbehaltlich der Ausführungen zu Punkt 2, 3 und 11 an.

Abstimmung: Ja: 8 Nein: 0 Enthaltung:

Abwesenheit:

Aufgrund § 22 GO waren keine/folgende Gemeindevertreter/innen von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

12)

Verschiedenes

Beratung:

- Herr Schlottmann spricht die Straßenbeleuchtung im Bereich Bartlesdorf an. Herr Borchers führt dazu aus, dass demnächst eine elektronische Zeitschaltuhr installiert wird.
- Herr Zibell erklärt, dass seine Frau Bettina Zibell ein Kinderfasching im Feuerwehrhaus veranstalten will. Herr Borchers sagt dies zu.
- Frau Kuhnert berichtet, dass die Schutzhaube einer Straßenlampe auf dem Weg nach Müssen kaputt ist. Außerdem sind die Bushaltestellen nicht beleuchtet. Hierzu erfolgt eine Aussprache, ob es Sinn macht eine neue Beleuchtung zu installieren oder ob sogar bereits Stromkabel dafür installiert sind. Ansonsten könnte man im Rahmen der Kanalbefahrung welche verlegen lassen.
- Herr Borchers schlägt vor, im neuen Jahr eine Fahrradtour durch die Gemeinde zu veranstalten. Dies findet die Zustimmung der Gemeindevertretung.
- Für die Schaukommission des Gewässerunterhaltungsverbandes Büchen/Steinau wird ein neues Mitglied gesucht. Hierfür meldet sich Herr Ohle.
- Im Gerätehaus steht ein alter Rasenmäher sowie eine Gefriertruhe. Sollte sich niemand finden, der diese Geräte noch braucht, werden sie entsorgt.
- Frau Kuhnert macht den Vorschlag für Fahrradfahrer eine Radwanderkarte in einem zusätzlichen Schaukasten aufstellen zu lassen. Die Gemeindevertretung bespricht dies kurz und hält die derzeitige Beschilderung für ausreichend

.....
Jürgen Borchers
Vorsitzender

.....
Ingmar Juhl
Schriftführung